

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
----------------------	---

1. Teil

Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung im Gefüge des kirchlichen Dienstrechts

1. Abschnitt: Theologische Grundlegung und historische Entwicklung des kirchlichen Alimentationsrechts	7
2. Abschnitt: Staatskirchenrechtliche Grundlagen	28
3. Abschnitt: Das herkömmliche System der Alterssicherung bei der Begründung öffentlich-rechtlicher Dienstverhältnisse durch die Kirchen	43

2. Teil

Die Neuregelung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung

1. Abschnitt: Bemühungen um die Reform des Versorgungsrechts im Bereich der EKD und ihrer Gliedkirchen	57
2. Abschnitt: Das Versorgungsneuregelungsgesetz der Ev.-Luth. Kirche in Bayern	80
3. Abschnitt: Das Versorgungssicherungsgesetz der Ev. Kirche in Hessen und Nassau	102
4. Abschnitt: Das Versorgungssicherungsgesetz der Ev. Landeskirche in Baden	106
5. Abschnitt: Versorgungsgesetze der evangelischen Landeskirchen im Beitrittsgebiet	110

3. Teil

Die theologische Problematik des Anschlusses kirchlicher Bediensteter an die gesetzliche Rentenversicherung

1. Abschnitt: Die Versorgungsneuregelung aus theologischer Sicht	112
--	-----

2. Abschnitt: Sozialversicherungsrechtliche Probleme einer Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung in die Alters- und Hinterbliebenenversorgung kirchlicher Bediensteter	114
3. Abschnitt: Die Vereinbarkeit der Einbeziehung der Sozialversicherung in das kirchliche Versorgungsrecht mit dem öffentlich-rechtlichen Status kirchlicher Dienstverhältnisse	118
4. Abschnitt: Staatskirchenrechtliche und kirchenpolitische Aspekte einer Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung in die Alters- und Hinterbliebenenversorgung kirchlicher Bediensteter	145

4. Teil

Sozialversicherungsrechtliche Konsequenzen aus der Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung in das kirchliche Versorgungssystem

1. Abschnitt: Rechtsprobleme der Rentenberechnung bei kirchlichen Versorgungsberechtigten – Zum Begriff der Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen im Sinne des Rentenversicherungsrechts	152
2. Abschnitt: Versicherungspflicht in den anderen Zweigen der Sozialversicherung?	172

Zwischenbilanz

Die Bewährung der Versorgungsneuregelung unter Einbeziehung der Sozialversicherung

Zusammenfassung der Ergebnisse	191
Literaturverzeichnis	217
Entscheidungsregister	227
Sachregister	231

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
-------------------	-----

Einleitung	1
----------------------	---

1. Teil

Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung im Gefüge des kirchlichen Dienstrechts

1. Abschnitt: Theologische Grundlegung und historische Entwicklung des kirchlichen Alimentationsrechts	7
I. Der biblische Befund: »Der Arbeiter ist seines Lohnes wert«	7
1. Altes Testament	7
2. Neues Tetament	8
a) Evangelien	8
b) Paulus	8
c) Folgerungen	9
II. Der Unterhalt der Kleriker in der Alten Kirche	10
III. Die Herausbildung des Benefizialwesens im Mittelalter	12
1. Dezentralisierung des Kirchenguts und Entstehung des Pfründenwesens	12
2. Inhaltliche Ausgestaltung des Benefizialrechts oder Pfründenrechts	13
a) Benefizium als Weihevoraussetzung	13
b) Kirchenrente (pensio)	13
c) Verbot der Pfründenhäufung	13
3. Fortentwicklung des Benefizialwesens	14
IV. Die Versorgung der evangelischen Pfarrer im Zeitalter des landesherrlichen Kirchenregiments	15
1. Ausgangslage	15
2. Pfarrbesoldung und -versorgung in der Reformationszeit	16
a) Leisniger Kastenordnung	16
b) Visitation	16
c) Altersversorgung der Pfarrer und Pfarrwitwenversorgung in den Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts	17
aa) Altersversorgung der Geistlichen	17
bb) Hinterbliebenenversorgung	18

3. Dreißigjähriger Krieg und Zeitalter der Aufklärung	19
a) »Verbauerung des Pfarrerstandes«	19
b) Altersversorgung der Pfarrer	19
c) Witwen- und Waisenversorgung	20
V. Der Übergang zum beamtenähnlichen Besoldungs- und Versorgungssystem im 19. Jahrhundert	21
1. Dotationen des Staates	21
2. Pfarrbesoldung	23
3. Altersfürsorge	23
4. Witwen- und Waisenversorgung	24
5. Einführung der Kirchensteuer	25
VI. Folgerungen für die gegenwärtige und zukünftige Gestaltung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung kirchlicher Bediensteter . . .	26
2. Abschnitt: Staatskirchenrechtliche Grundlagen	28
I. Die Dienstherrnfähigkeit der Kirchen	28
II. Das kirchliche Selbstbestimmungsrecht	30
1. Schutzbereich	30
2. Der Schrankenvorbehalt	32
3. Das Sozialstaatsprinzip als Schranke des kirchlichen Selbst- bestimmungsrechts	34
4. Bindung an die »hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums« (Art. 33 Abs. 5 GG)?	35
a) Die »hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums« im staatlichen Bereich	35
b) Bindung der Kirchen an die tragenden Grundsätze des Berufsbeamtentums	37
5. Der Rechtsschutz kirchlicher Bediensteter zwischen Kirchenfreiheit und Justizgewährleistungspflicht des Staates	39
3. Abschnitt: Das herkömmliche System der Alterssicherung bei der Begründung öffentlich-rechtlicher Dienstverhältnisse durch die Kirchen .	43
I. Das Alimentationsprinzip im staatlichen und im kirchlichen Versorgungsrecht	43
1. Das Alimentationsprinzip und seine Bezüge zum Leistungs- und Lebenszeitprinzip	43
2. Versorgung	45
3. Das Alimentationsprinzip bei kirchlichen Dienstverhältnissen	47
II. Kirchliches Versorgungsrecht im Überblick	48
1. Nähe zum staatlichen Beamtenversorgungsrecht	48
2. Versicherungsfreiheit in der Angestelltenrentenversicherung	52
a) Grundsätzliche Versicherungspflicht	52
b) Voraussetzungen der Versicherungsfreiheit	52
c) Nachversicherung	56

2. Teil

Die Neuregelung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung

1. Abschnitt: Bemühungen um die Reform des Versorgungsrechts im Bereich der EKD und ihrer Gliedkirchen	57
I. Ausgangslage	57
II. Alternativen zum herkömmlichen Finanzierungssystem der Versorgungsleistungen	59
1. Errichtung kirchlicher Versorgungskassen	59
a) Gründungsakte	59
b) Rechtsform	61
c) Aufgaben	61
d) Finanzierung und Vermögensverwaltung	62
e) Aufsicht	63
f) Unterschiede zu Pensionskassen; Unmittelbarkeit der Versorgung durch den Dienstherrn	63
2. Anschluß an kommunale Versorgungsverbände	64
3. Abschluß eines Versicherungsvertrages mit einer privaten Versicherung	64
4. Anschluß kirchlich Bediensteter an die gesetzliche Rentenversicherung	65
a) Beratungen der Kirchenkonferenz der EKD	65
b) Die Entscheidung der Ev.-Luth. Kirche in Bayern	67
c) Verabschiedung von Versorgungssicherungsgesetzen in den evangelischen Kirchen von Hessen-Nassau und Baden	69
d) Diskussion in der Pfälzischen und in der Nordelbischen Kirche	69
e) Anschluß kirchlicher Mitarbeiter im Bereich des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an die Staatliche Versicherung in der DDR	71
5. Landeskirchliche Versorgungsfonds	75
a) Der Versorgungsfonds der Ev.-Luth. Kirche in Bayern	75
aa) Aufgabe	75
bb) Errichtung	75
cc) Vermögensbildung	76
dd) Leistungen	78
b) Die Stiftung Evangelischer Versorgungsfonds in der Ev.-Luth. Kirche in Württemberg	79
6. Ergebnis der Reformbemühungen	79
2. Abschnitt: Das Versorgungsneuordnungsgesetz der Ev.-Luth. Kirche in Bayern	80
I. Geltungsbereich	80
II. Die Grundentscheidungen	82
1. Herbeiführung der Nachversicherungspflicht	82
2. Nachversicherung	82
3. Übernahme des Arbeitnehmer-Anteils zur gesetzlichen Rentenversicherung durch die Kirche	83

4. Anrechnung der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung auf die beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge;	
Ergänzungsgarantie	83
a) Grundsatz	83
b) Nichtanrechnung von Renten nach §§ 68 PfBesG, 55 BeamtVG	84
c) Nichtanrechnung des Kinderzuschusses	84
d) Renten, Rentenerhöhungen und Rentenminderungen aufgrund von § 1587b BGB	86
e) Volle Anrechnung beim Ruhen von Hinterbliebenenrenten im Sinne von §§ 97 SGB VI 1992, 58 AVG	87
f) Anrechnung im Falle früherer freiwilliger Versicherung bei der gesetzlichen Rentenversicherung	88
5. Ausfall- und Rechtsweggarantie	89
a) Ausfallgarantie	89
b) Rechtsweggarantie	91
c) Ausfallgarantie bei Überschreitung der rentenversicherungsrechtlichen Hinzuverdienstgrenze (§§ 34 Abs.2 und 3, 236 SGB VI 1992, 25 AVG)	92
III. Abgeltung der steuerlichen Mehrbelastung und Steuervorteilsausgleich	92
1. Steuerrechtliche Konsequenzen der Versorgungsneuregelung	92
a) Erhöhung der Versorgungsbezüge	92
b) Gehaltserhöhung bei den Aktivbezügen	93
2. Übernahme der Steuermehrbelastung durch den Dienstherrn	93
a) Vorlage zum VNG	93
b) Fassung des VNG vom 18.11.1972	94
c) Einführung der Pauschalversteuerung des Rentenversicherungszuschlags durch das 1. Ergänzungsgesetz zum VNG vom 19.12.1973	94
dd) Pauschale Versteuerung des Rentenversicherungszuschlags durch den Dienstherrn	96
d) Erlaß der Steuerabgeltungsverordnung vom 20.5.1975	96
3. Steuervorteilsausgleich	98
a) 1. Ergänzungsgesetz zum VNG vom 19.12.1973	98
b) 3. Ergänzungsgesetz zum VNG vom 9.5.1975	99
c) Änderungsgesetz vom 2.12.1981	99
d) Art. 3 des Kirchengesetzes zur Änderung dienst-, besoldungs- und versorgungsrechtlicher Regelungen vom 3.12.1984	100
e) Kein Steuervorteilsausgleich im Hinblick auf die Versorgungsberechnungen der Familiengerichte	100
aa) Kirchengesetz zur Änderung des Pfarrbesoldungs- und Kirchenbeamtenbesoldungsgesetzes vom 1.12.1988	100
bb) Korrektur von vor dem 1.12.1988 ergangenen Versorgungsausgleichsentscheidungen	101
3. Abschnitt: Das Versorgungssicherungsgesetz der Ev. Kirche in Hessen und Nassau	102
I. Gemeinsamkeiten mit dem Versorgungsneuregelungsgesetz der Ev.-Luth. Kirche in Bayern	102

II. Unterschiede zum Versorgungsneuregelungsgesetz der Ev.- Luth. Kirche in Bayern	104
1. Erstattung des Steuer mehrbetrags	104
2. Verzicht auf die Vornahme des Steuervorteilsausgleichs	105
III. Kritische Würdigung	105
4. Abschnitt: Das Versorgungssicherungsgesetz der Ev. Landeskirche in Baden	106
I. Gemeinsamkeiten mit dem Versorgungsneuregelungsgesetz der Ev.-Luth. Kirche in Bayern und dem Versorgungssicherungsgesetz der Ev. Kirche in Hessen und Nassau	106
II. Unterschiede	107
1. Ausgleich von Rentenminderungen aufgrund eigenen Einkommens im Sinne von §§ 58 AVG, 97 SGB VI 1992	107
2. Ausgleichszulage für die Steuer mehrbelastung	107
3. Kürzung der Versorgungsbezüge	108
III. Kritische Würdigung	108
5. Abschnitt: Versorgungsgesetze der evangelischen Landeskirchen im Beitrittsgebiet	110

3. Teil

Die theologische und rechtliche Problematik des Anschlusses kirchlicher Bediensteter an die gesetzliche Rentenversicherung

1. Abschnitt: Die Versorgungsneuregelung aus theologischer Sicht	112
2. Abschnitt: Sozialversicherungsrechtliche Probleme einer Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung in die Alters- und Hinterbliebenenversorgung kirchlicher Bediensteter	114
I. Verpflichtung kirchlicher Bediensteter zur Abtretung von Versicherungsansprüchen an die Kirche	114
II. Verpflichtung kirchlicher Bediensteter zur Rentenbeantragung	117
3. Abschnitt: Die Vereinbarkeit der Einbeziehung der Sozialversicherung in das kirchliche Versorgungsrecht mit dem öffentlich-rechtlichen Status kirchlicher Dienstverhältnisse	118
I. Problemstellung	118
1. Prüfmaßstab	118
2. Beibehaltung der Grundstrukturen des kirchlichen Versorgungsrechts .	119
3. Beibehaltung des Grundsatzes der Beitragsfreiheit	119

4. Gewährleistung des amtsangemessenen Lebensunterhalts durch die Ergänzungsgarantie	120
5. Die Unmittelbarkeit der Versorgung als Kernproblem	121
II. Vereinbarkeit der Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung in das staatliche Beamtenversorgungsrecht mit dem Grundsatz der Unmittelbarkeit der Alimentation durch den Dienstherrn	122
1. Unzulässigkeit einer Versorgung ausschließlich durch die Sozialversicherung	122
a) Reformvorschläge zur Neuordnung der Beamtenversorgung	122
aa) Werner Thieme	122
bb) Walter Wiese	122
cc) Bernt Lemhöfer	123
dd) C. H. Ule	123
b) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und herrschende Meinung in der Literatur	124
2. Unzulässigkeit einer »gespaltenen« Versorgung	126
3. Zulässigkeit einer »gestuften« Versorgung?	126
a) § 55 Beamtenversorgungsgesetz als Vorbild	127
b) Rechtsprechung	128
c) Diskussion in der Literatur	129
III. Einbeziehung der Sozialversicherung in das kirchliche Versorgungsrecht	134
1. Unzulässigkeit einer völligen oder teilweisen Überführung der Pfarrer, Kirchenbeamten und Diakone in die Sozialversicherung	134
2. Zulässigkeit einer »gestuften« Versorgung im kirchlichen Bereich	135
a) Diskussion in der Literatur	135
aa) W. Bogs und H. Weber	135
bb) v. Campenhausen	136
cc) Link	137
dd) Obermayer	138
ee) Denninger	139
b) Rechtsprechung	139
aa) Urteil des VG Karlsruhe vom 15. 3. 1977	140
bb) Urteil des VGH Baden-Württemberg vom 20. 5. 1980	140
cc) Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. 11. 1982	141
dd) Nichtzulassungsbeschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 6. 7. 1983 und vom 3. 12. 1985	141
c) Ergebnis und Folgerungen für den Rechtsschutz kirchlicher Bediensteter	142
IV. Öffentlich-rechtliche Ausgestaltung kirchlicher Dienstverhältnisse und Sozialversicherung in den ostdeutschen Landeskirchen	143
4. Abschnitt: Staatskirchenrechtliche und kirchenpolitische Aspekte der Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung in die Alters- und Hinterbliebenenversorgung kirchlicher Bediensteter	145
1. Veränderung des Verhältnisses von Staat und Kirche durch die Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung in die kirchliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung	145

1. Dienstherrnfähigkeit und Körperschaftsstatus der Kirchen	146
2. Kirchensteuerrecht und Staatsleistungen	147
3. Zunehmende Abhängigkeit der Kirchen vom Staat	149
II. Der Anschluß kirchlicher Bediensteter an die Sozialversicherung und das Verhältnis der Gliedkirchen der EKD zueinander	150

4. Teil

Sozialversicherungsrechtliche Konsequenzen aus der Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung in das kirchliche Versorgungssystem

1. Abschnitt: Rechtsprobleme der Rentenberechnung bei kirchlichen Versorgungsberechtigten – Zum Begriff der Versorgung nach beamten- rechtlichen Grundsätzen im Sinne des Rentenversicherungsrechts	152
I. Das System der Rentenberechnung	152
1. Die Rentenformel	152
a) Rentenberechnung auf der Grundlage des Angestellten- versicherungsgesetzes	152
b) Rentenberechnung auf der Grundlage des Renten- reformgesetzes	154
2. Berücksichtigungsfähigkeit beitragsloser Zeiten	154
a) Ersatz-, Ausfall- und Zurechnungszeiten	154
b) Der Ausschußtatbestand des § 37c AVG / § 71 Abs. 4 SGB VI	156
3. Rentenerhöhung um den Kinderzuschuß; der Ausschußtat- bestand des § 39 Abs.1 S.2 Nr.3 AVG / § 270 Abs. 2 Nr. 4 SGB VI	157
II. Geltung der Ausschußtatbestände der §§ 37c, 39 Abs. 1 S. 2 Nr. 3, 46 S. 4 AVG/§§ 71 Abs. 4, 270 Abs. 2 Nr. 4 SGB VI für die kirchliche Versorgungsneuregelung unter Einbeziehung der Angestelltenversicherung	158
1. Das Problem: Der rentenversicherungsrechtliche Begriff der Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	158
2. Rechtsprechung der Sozialgerichte und des Bundessozial- gerichts	159
a) Rechtsprechung der Sozialgerichte	159
b) Rechtsprechung des Bundessozialgerichts	160
3. Stellungnahme zur Rechtsprechung des Bundessozialgerichts	162
a) Eigenart und Einheitlichkeit des rentenversicherungsrechtlichen Begriffs der Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen	163
b) Rechtsprechung des Bundessozialgerichts und der Gleichheitssatz	165
c) Ergebnis	166
4. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	167
a) Der Nichtannahme-Beschluß des BVerfG vom 3. Dezember 1985	167
b) Stellungnahme	169
5. Die Reaktion des kirchlichen Gesetzgebers auf die Recht- sprechung des Bundessozialgerichts und des Bundesverfassungs- gerichts	170

a) Beginn der ruhegehaltfähigen Dienstzeit mit Vollendung des 27. Lebensjahres in der Ev.-Luth. Kirche in Bayern und in den evangelischen Kirchen im Beitrittsgebiet	170
b) Kirchengesetz zur Änderung des Kirchenbeamtenbesoldungsgesetzes vom 27. März 1988 der Ev. Kirche in Hessen und Nassau vom 27. März 1988 (GVBl. S. 69)	171
2. Abschnitt: Versicherungspflicht in den anderen Zweigen der Sozialversicherung?	172
I. Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Krankenversicherung	172
1. Versicherungsfreiheit aufgrund von § 6 Abs. 1 SGB V und das Problem der Zulässigkeit eines »gespaltenen Gewährleistungsbescheides« unter Geltung des § 169 RVO	172
a) Änderung des Befreiungstatbestandes durch das Gesundheits-Reformgesetz	172
b) Bedeutung und Gründe für die Neufassung des in § 6 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 4 SGB V geregelten Befreiungstatbestandes	175
aa) Verzicht auf einen Gewährleistungsbescheid	175
bb) Beihilfeberechtigung als Befreiungsvoraussetzung	176
2. Insbesondere: Versicherungsfreiheit der kirchlichen Versorgungsempfänger und ihrer Hinterbliebenen	182
3. Beihilfeberechtigung kirchlicher Bediensteter und Versorgungsempfänger	183
II. Beitragsfreiheit in der Arbeitslosenversicherung	185
III. Versicherungsfreiheit in der Unfallversicherung	185

Zwischenbilanz

Die Bewährung der Versorgungsneuregelung unter Einbeziehung der Sozialversicherung

Zusammenfassung der Ergebnisse	191
Anhang	196
1. Kirchengesetze der Ev.-Luth. Kirche in Bayern	196
a) Kirchengesetz über die Neuregelung der Versorgung der Pfarrer, Kirchenbeamten und Diakone (Versorgungsneuregelungsgesetz – VNG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. 6. 1975	196
b) Verordnung über die Abgeltung der durch die Anwendung des Versorgungsneuregelungsgesetzes bedingten Steuer-mehrbelastung (Steuerabgeltungsverordnung – SteuerabGV) und Bekanntmachung über die Abgeltung der Steuer-mehrbelastung vom 20. 5. 1975	198
c) Kirchengesetz über die Besoldung und Versorgung der Pfarrer und Pfarrerinnen der Ev.-Luth. Kirche in Bayern (Pfarrbesoldungsgesetz – PfBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. 1. 1985	201
– Auszug –	201

d) Kirchengesetz über die Besoldung und Versorgung der Kirchenbeamten der Ev.-Lutherischen Kirche in Bayern (Kirchenbeamtenbesoldungsgesetz – KBBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. 1. 1985	202
– Auszug –	202
2. Kirchengesetze der Ev. Kirche in Hessen und Nassau	204
a) Kirchengesetz zur Sicherung der beamtenrechtlichen Versorgungsanwartschaften der Pfarrer, Pfarrer im kirchlichen Hilfsdienst und Kirchenbeamten (Versorgungssicherungsgesetz – VSG) vom 26. November 1973	204
b) Rechtsverordnung zu Art. 1 Abs. 5 VSG vom 10. März 1975	205
c) Kirchengesetz über die Besoldung und Versorgung der Kirchenbeamten (Kirchenbeamtenbesoldungsgesetz) vom 5. Oktober 1978	206
– Auszug –	206
3. Kirchengesetze der Ev. Landeskirche in Baden	207
a) Kirchliches Gesetz zur Sicherung der beamtenrechtlichen Versorgungsanwartschaften der Pfarrer, Pfarrdiakone und Kirchenbeamten (Versorgungssicherungsgesetz – VSG) vom 8. März 1975	207
b) Verordnung zur Durchführung von § 1 Abs. 3 des Versorgungssicherungsgesetzes vom 26. September 1975	208
c) Verordnung des Landeskirchenrats zur Durchführung von § 1 Abs. 5 des Versorgungssicherungsgesetzes vom 28. Oktober 1975	209
d) Verordnung des Landeskirchenrats zur Durchführung von § 2 Abs. 2 und 3 des Versorgungssicherungsgesetzes vom 7. März 1980	211
4. Kirchengesetz über die Versorgung der Pfarrer und der Kirchenbeamten im Ruhestand sowie ihrer Hinterbliebenen in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens (Landeskirchliches Versorgungsgesetz – LVG) vom 25. März 1991	213
– Auszug –	213
5. Kirchengesetze über die Versorgung der Pfarrer, Pastorinnen, Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen der Ev.-Luth. Landeskirche in Mecklenburg, der Ev.-Luth. Landeskirche Thüringens und der Ev. Kirche der Union (Region Ost)	214
– Auszug aus dem gemeinsamen Referenten-Entwurf vom 14. November 1991 –	214
Literaturverzeichnis	217
Entscheidungsregister	227
Sachverzeichnis	231